



GEMEINDE WETTINGEN

Protokoll des Gemeinderates

Nr. 2238 20. Dezember 2001 F/M/ss/es

10.01 Allgemeines, Gesetze, Verzeichnisse, Statistik
32.01 Allgemeines, Grundlagen, Verzeichnisse, Statistik

Interpellation Paul Käufeler betreffend Auswirkung der A-Konzession des Casinobetriebes Baden auf die Gemeinde Wettingen

I. Sachverhalt

Paul Käufeler hat folgende Interpellation eingereicht:

"Vor Kurzem hat die Spielcasino Baden AG vom Bund die A-Konzession für den Betrieb eines Spielcasinos erhalten. Für den Kanton Aargau, die Stadt Baden und eventuell auch für die Region ein tolles Weihnachtsgeschenk. So erhält Baden, man spricht von mehreren Millionen, zusätzliche Steuern.

Diese Bewilligung wurde vom Bund unter anderem auch erteilt, weil man Baden als Teil einer aktiven und attraktiven Region darstellen konnte. Im Gegensatz zur Stadt Baden profitieren aber die Regionsgemeinden von diesem Steuersegen nicht direkt. Unbestritten ist aber, dass die umliegenden Gemeinden durch den zusätzlichen Spielbetrieb grössere Immissionen hinnehmen müssen.

Ich bitte den Gemeinderat in diesem Zusammenhang um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Auswirkungen hat die A-Konzession für unsere Gemeinde in Bezug auf die Verkehrssituation und die Umwelt?
2. Wie werden die umliegenden Gemeinden für diese Mehrbelastung abgegolten?
3. Ist der Gemeinderat bereit, sich für einen Steuerausgleich zwischen Baden und den Nachbargemeinden einzusetzen?

Da der Regierungsrat für diese A-Konzession in nächster Zeit noch die Zustimmung geben muss, wäre es wichtig, wenn sich der Gemeinderat innert Kürze dazu Gedanken macht."

II. Erwägungen

Zu Frage 1:

Der Stadtrat Baden hat sich im Zusammenhang mit der Konzessionseingabe intensiv mit den Auswirkungen einer A-Konzession befasst. Die aufgeworfene Frage kann deshalb dem Stadtrat Baden unterbreitet werden. Nach Vorliegen der Antwort des Stadtrates wird es dem Gemeinderat obliegen, die Auswirkungen zu qualifizieren und zu quantifizieren.

Zu Frage 2:

Abgeltungen für die umliegenden Gemeinden für Mehrbelastungen können nur auf freiwilliger Basis geltend gemacht werden. Inoffizielle Gespräche zwischen dem Gemeindeammann und dem Stadtmann von Baden vor der Einreichung der Interpellation haben ergeben, dass Baden nicht bereit ist, irgendwelche Abgeltungen zu übernehmen. Insbesondere hat der Stadtmann von Baden geltend gemacht, dass für die Nachbargemeinden keine wesentlichen und zu abgeltenden Auswirkungen bestehen; vorerst könne kaum mit grossen Steuererträgen gerechnet werden; der Gemeinderat von Wettingen habe seinerzeit bei der Verbreiterung der Hochbrücke konsequent am Territorialprinzip festgehalten. Gleichwohl ist der Stadtrat Baden bezüglich einer Abgeltung anzufragen. Vermutlich wird die Antwort aus Baden negativ ausfallen. Indessen wird die Region vermehrt Druck machen können, dass die Stadt Baden zusätzliche Leistungen für Sport und Kultur übernimmt.

Das Spielcasino wird auch soziale Dimensionen annehmen. Es wäre zu prüfen, ob auf der Sozialabteilung bereits sich Spielsüchtige gemeldet haben.

Auch der Finanzdirektor wurde vom Gemeindeammann informell auf diese Frage angesprochen; er sieht jedoch keine Möglichkeiten, dass sich Nachbargemeinden an den Steuern aus dem Stadtcasino partizipieren können.

Zu Frage 3:

Das Steuergesetz enthält keine Grundlagen für eine Änderung der Steuerhoheit. Auf freiwilliger Basis wird kaum etwas möglich sein.

BESCHLUSS

1. Der Stadtrat Baden wird bezüglich Auswirkungen der A-Konzession auf die Nachbargemeinden in Bezug auf die Verkehrssituation und die Umwelt angefragt.
2. Die Sozialabteilung wird ersucht, dem Gemeinderat mitzuteilen, ob Spielsüchtige (aus Baden oder andernorts) bekannt sind.

Protokollauszug

- Sozialabteilung
- Akten Einwohnerrat
- Akten Gemeinderat

Brief an Stadtrat Baden